



## Kretschmer: Wir brauchen endlich Konsens in der Migrationsfrage



Im Dezember wurde Michael Kretschmer (CDU) erneut zum Ministerpräsidenten gewählt - dieses Mal als Chef einer Minderheitsregierung aus CDU und SPD. FOTO: MATTHIAS RIETSCHEL

**DRESDEN** – Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer spricht im Interview über die Herausforderungen einer Minderheitsregierung, Fehler im Umgang mit der AfD und wie Putin an den Verhandlungstisch zu bekommen ist.

VON ANNE LENA MÖSKEN, TOBIAS WOLF

**Freie Presse: Im Wahlkampf haben Sie vor Thüringer Verhältnissen gewarnt. Jetzt sind Sie Chef einer Minderheitsregierung. Heißt das, dass in den nächsten fünf Jahren in Sachsen nichts vorangeht?**

**Michael Kretschmer:** Wie kommen Sie darauf? Die Ministerpräsidentenwahl hat doch gezeigt, in welche Richtung es gehen kann: Wir haben im Landtag 69 Stimmen bekommen, obwohl die Koalition nur 51 hat. Viele Abgeordnete haben mitgewirkt, weil sie Interesse an der Entwicklung des Landes haben. Das macht mir Mut.

**FP: Sie stehen vor einem 4,3-Milliarden-Euro-Haushaltsdefizit. Die Kommunen sind klamm wie**

**nie. Wie wollen Sie bei der Ausgangslage überhaupt gestalten?**

**Kretschmer:** Mein Ziel ist, unseren Freistaat klug durch diese schwierige Zeit zu steuern. Die Folgen der verfehlten Berliner Wirtschaftspolitik werden uns sicher drei Jahre beschäftigen. Aber danach kann es wieder aufwärtsgehen. Und auch die kommenden Jahre können positiv werden, wenn wir Sachsen zusammenhalten. Ich führe gerade viele Gespräche, um Verständnis zu schaffen. Ja, die geringeren finanziellen Spielräume werden überall spürbar werden.

**FP: Was werden wir uns nicht mehr leisten können?**

**Kretschmer:** Wir sind ein Kulturland. Wir haben eine breite Theaterlandschaft, sind ein Land der Wissenschaft. Wir haben gesehen, dass Kinder- und Jugendarbeit ganz wichtig ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Und wir werden alles dafür tun, diese Strukturen nicht zu zerstören. Aber wir müssen an allen Stellen versuchen, die Dinge etwas kleiner zu machen. Und ich glaube, wenn wir das in einem gemeinsamen Verständnis machen,

wird uns das auch gelingen.

**FP: Sie sprachen bei der Vorstellung des Koalitionsvertrages von Demut vor der Opposition. Wie soll das aussehen?**

**Kretschmer:** Es bedeutet, das Wahlergebnis anzuerkennen und daraus das Beste zu machen. Mit allen Kollegen im Landtag sprechen – und zwar schon am Anfang von Überlegungen zu einem Gesetz. Dafür haben wir uns den Konsultationsmechanismus überlegt.

**FP: Unser Eindruck ist: So richtig verstanden hat noch niemand, wie dieser Konsultationsmechanismus in der Praxis aussehen soll.**

**Kretschmer:** Wir wollen die Abgeordneten fraktionsübergreifend einbeziehen, gemeinsam nach der besten Lösung suchen und damit auch nach Mehrheiten. Die Kommunalpolitik tut das jeden Tag. Bürgermeister haben oft keine feststehende Mehrheit. Wir gehen auf die Abgeordneten zu, schauen, wer mitwirken will, wer Ideen hat. Mehrheiten im Landtag sind ein Abbild der gesellschaftlichen Stimmung in unserem Land. Da kann es keine Präfe-



renz für eine Oppositionspartei geben, es müssen alle gleichberechtigt mitwirken können.

**FP: Das heißt, Herr Urban von der AfD wird jetzt öfter bei Ihnen im Büro sitzen – so wie Anfang November ...**

**Kretschmer:** Nein. Aber ich werde mit ihm weiterhin im Gespräch sein. Wir haben ja bei der Ministerpräsidentenwahl erlebt, dass die AfD sich treu geblieben ist und mit Tricksen und Täuschen versucht hat, das Ganze ins Chaos zu stoßen.

**FP: Nach dem Gespräch mit Urban sagten Sie, Sie träfen sich nur mit Abgeordneten, die auf dem Boden des Grundgesetzes stünden. Ist das nicht ein Widerspruch zur Einstufung der AfD als rechtsextremistisch?**

**Kretschmer:** Herr Urban ist gewählter Abgeordneter und Vorsitzender der größten Oppositionspartei. Da muss man im Gespräch sein, es geht gar nicht anders. Die AfD wird vom sächsischen Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Deswegen muss man besonders achtsam sein. Gerade beim Parteitag in Riesa, auch immer wieder bei Landtagsitzungen, erleben wir diese wirklich verstörende Rhetorik der AfD.

**FP: Mit dieser Argumentation würden Sie sich auch mit der NPD treffen, wenn sie im Landtag säße?**

**Kretschmer:** Reden müssen wir immer. Unser früherer Innenminister Heinz Eggert hat damals sehr deutlich gesagt: „Politische Gegner sind Menschen.“ Und natürlich sollten die Formen anständigen Umgangs miteinander für alle gelten. Sicher sind in den ersten Jahren der AfD Fehler gemacht worden, sodass dadurch erst recht diese Märtyrerrolle entstehen konnte. Es ist befremdlich, dass man nicht über Argumente oder die Rede von Frau Weidel auf dem Bundesparteitag spricht, sondern es in der Diskussion darum geht, wer beim Parteitag vor der Haustür demonstriert hat.

**FP: Im Landtagswahlkampf war von einer Schicksalswahl die Rede. Und dann scheitern die Koalitionsgespräche an Wortklauberei. Wie erklären Sie den Wählern, dass Ihnen eine Koalition mit BSW und SPD nicht gelungen ist?**

**Kretschmer:** Es war eine Schicksalswahl. Wir und die positiven Kräfte in Sachsen haben sie gewon-

nen. Die Sachsen haben sie mit einem Wahlergebnis entschieden, mit dem man gestalten kann. Jetzt liegen schwierige Haushaltsberatungen vor uns. Die desaströse Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre hat dieses Land in eine tiefe Krise gestürzt. Wir werden es bei der Haushaltsaufstellung merken, wir erleben es bei der Abwanderung von Unternehmen. Ich empfinde es als Hohn, dass die Grünen jetzt Plakate aufhängen, wo Stabilität draufsteht und Zuversicht. Diese Leute sind verantwortlich für diese Situation.

**FP: Bei der Sonntagsfrage steht die AfD bundesweit stabil bei um die 20 Prozent, Alice Weidel wird von Elon Musk unterstützt, in Österreich stellt die FPÖ bald den Kanzler, gerade wurde Trump ins Amt eingeführt. Und für Sie geht die Gefahr noch immer von den Grünen aus?**

**Kretschmer:** Für die FPÖ in Österreich sind sie nicht verantwortlich, das stimmt. Für einen großen Teil der Politikverdrossenheit in Deutschland müssen sie sich schon verantwortlich fühlen. Wer gesagt hat, wir müssen Grenzen sichern und Migration steuern, ist über lange Zeit als rechtsextrem beschimpft worden. Auch ich. Als die drei Atomkraftwerke abgeschaltet wurden, haben viele Menschen gesagt, das ist der falsche Zeitpunkt. Es ist trotzdem passiert. Die Folgen sehen wir, wenn so lange an den großen Themen der Menschen vorbei Politik gemacht wird.

**FP: Die CDU hat 16 Jahre im Bund und 34 in Sachsen regiert. Die Infrastruktur ist marode, die nationale Sicherheit geschwächt, die Bundeswehr kaputtgespart und es gibt ein Energiesystem, das sehr lange von Russland abhängig war: Wo ist die Verantwortung der CDU?**

**Kretschmer:** Das ist das, was die Grünen immer als Argument bringen. Schauen wir uns an: Wo stand dieses Land vor drei Jahren bei der Wirtschaftsleistung, bei Wahlergebnissen? Und was ist seither passiert?

**FP: Zum Beispiel Russlands Angriff auf die Ukraine ...**

**Kretschmer:** Jeder muss in der Zeit bestehen, in die er gestellt ist. Ich sehe zum Beispiel die Sanktionen, dieses „Nie wieder Russland“ und den Umgang mit der Nord-Stream-Pipeline als völlig falsch an. Populisten werden deshalb so stark, weil eine offene Diskussion über Themen, die

aus Sicht eines großen Teils der Bevölkerung so zentral sind, nicht stattfindet. Das ist das, was man hätte aus Corona lernen müssen.

**FP: Wir haben unsere Leser gefragt, welche Themen die Politik nach der Wahl im Bund sofort anpacken soll. Ein wichtiges Thema sind die gestiegenen Energiekosten. Wie können diese gesenkt werden?**

**Kretschmer:** Ich würde das Thema entideologisieren und einen gesellschaftlichen Konsens erzeugen. Dafür gibt es zwei Parameter: Das eine ist Klimaneutralität und das andere ein wettbewerbsfähiger Energiepreis. Experten, die alle gesellschaftlichen Gruppen abbilden, natürlich auch die Umweltverbände, sollten miteinander einen Pfad erarbeiten. Und man muss bereit sein zu sagen: Keine Technologie ist verboten, auch nicht die Atomkraft und heimisches Gas oder russisches nach dem Krieg.

**FP: Sie sprechen von Konsens: Für Windkraft liegt der in der Gesamtbevölkerung bei 80 Prozent. Warum ist Sachsen trotzdem seit Jahren eines der Schlusslichter beim Ausbau?**

**Kretschmer:** Überall dort, wo erneuerbare Energien ausgebaut werden, sind die Netzentgelte höher als andernorts. Das ist ein Riesensproblem. Es müsste genau andersherum sein. Dort, wo Windräder oder Photovoltaikanlagen stehen, müssten die Strompreise am niedrigsten sein. Außerdem: Wo Windanlagen gebaut werden, gibt es oft Bürgerini-

Populisten werden deshalb so stark, weil eine offene Diskussion über Themen, die aus Sicht eines großen Teils der Bevölkerung so zentral sind, nicht stattfindet.

tativen und eine Mehrheit, die dagegen ist. Wie gehen wir mit diesen Leuten um?

**FP: Ist es nicht Aufgabe der Politik, den Menschen die Vorteile zu erklären, wenn eine Kommune**



## Windanlagen baut? Ist das ein Thema für die neue Koalition?

**Kretschmer:** Absolut. Das ist ein gemeinsames Ziel. Die jetzige Bundesregierung hat etwas sehr Richtiges gemacht: dass die Kommunen stärker beteiligt werden über die Gewerbesteuer. Aber das reicht nicht. Die Negativhaltung kann man nur verändern, indem man diejenigen, die unmittelbar auf diese Windräder schauen, auch zu Miteigentümern macht. Ich wünsche mir viel mehr Bürger-Energiegenossenschaften.

**FP: Migration ist für unsere Leser ein ebenso wichtiges Thema. Asylverfahren dauern in Sachsen mehr als 20 Monate, in anderen Ländern nur ein halbes Jahr. Wie wollen Sie das ändern?**

**Kretschmer:** Diese Statistiken kann ich nicht nachvollziehen. Da müssen wir schneller werden. Entscheidend ist, dass weniger Menschen kommen. In Schulen, Kindergärten, bei Deutschkursen sehen wir: Es sind einfach zu viele, die Schutz suchen, als dass wir sie mit unserem Anspruch an Integration bewältigen können. Wir müssen an den EU-Außengrenzen sicherer werden. Dank der Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien engagieren sich jetzt alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen. Und wir brauchen zusätzliche Veränderungen.

**FP: Welche?**

**Kretschmer:** Der Fall des Lokführers aus dem Erzgebirge, der versucht hatte, einen Streit zu schlichten, und dabei fast zu Tode gekommen ist, zeigt auf tragische Weise, dass so eine Straftat nicht gereicht hat, dem Asylbewerber den Schutzstatus abzuerkennen. Der Lokführer hätte dafür tot sein müssen. Wer solche Straftaten begeht, dem muss dieser Status entzogen und der muss ausgewiesen werden.

**FP: Solingen, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg haben gezeigt, dass das nicht reicht. Die Täter waren den Behörden bekannt, hätten zum Teil längst ausreisen sollen. Was nützt das, wenn man dann nicht abschiebt? Abschiebung ist Ländersache.**

**Kretschmer:** Abschiebungen sind immer schwieriger umzusetzen als wirksame Begrenzungen des Zustroms. Deshalb müssen wir schlagkräftiger werden und mehr Plätze in Abschiebeeinrichtungen schaffen.

Es gibt viele Gründe, warum Menschen am Ende doch nicht ausreisen – sie werden nicht angetroffen, Gerichte intervenieren oder familiäre Umstände spielen eine Rolle. Doch angesichts der großen Zahl an Menschen, die zu uns kommen und unsere Gesellschaft überfordern, müssen wir die Gesetze ändern. Andernfalls scheitern wir immer wieder, auch vor den Gerichten.

**FP: Friedrich Merz will im Bundestag Asylverschärfungen beantragen und ausnahmslos direkt an der Grenze zurückweisen, egal ob die AfD zustimmt. Mit dem Grundgesetz und EU-Recht ist das bisher nicht vereinbar. Wie soll das funktionieren?**

**Kretschmer:** Wenn Grüne, FDP und SPD es wirklich ernst meinen, dass sie verstanden haben, dann werden diese Anträge eine breite Mehrheit finden. Wie oft haben wir bereits vorgeschlagen, das Grundgesetz anzupassen? Es gab einstimmige Beschlüsse der Ministerpräsidenten – und dennoch ist es immer wieder an der Uneinigkeit dieser Bundesregierung gescheitert. Wir brauchen endlich gesellschaftlichen Frieden in der Migrationsfrage und einen breiten Konsens.

**FP: Ein anderes Thema, das unsere Leser bewegt, ist Frieden. Glauben Sie, dass Donald Trump Wladimir Putin dazu bewegen kann, den Krieg zu beenden?**

**Kretschmer:** Ich würde den neuen US-Präsidenten jetzt nicht überhören. Wenn er sagt, das hätte er in einem Handstreich geklärt – das sehe ich nicht so. Was ich sehe, ist viel zu wenig deutsches und europäisches Engagement. Seit Jahren hören wir, dass es nicht die Zeit für Diplomatie ist, sondern die Zeit für Waffenlieferungen. Jeder von uns kennt die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts. Ich habe versucht, daraus zu lernen. Es gibt in der Bundespolitik eine ganze Reihe von Leuten, die keinen Respekt vor der Geschichte haben.

**FP: Meinen Sie Ihren Parteivorsitzenden, der für Waffenlieferungen ist und der Ukraine den Taurus geben will?**

**Kretschmer:** Natürlich nicht. Man kann bei diesem Thema unterschiedlicher Meinung sein. Ich finde, dass man dem Bundeskanzler und auch Friedrich Merz schlecht

ihre Meinung wegnehmen oder ihnen absprechen kann, dass sie da ehrenwerte Gründe für ihre Positionen haben.

**FP: Wie kann man Putin an den Verhandlungstisch holen?**

**Kretschmer:** Man muss im gleichen Maß für einen Waffenstillstand eintreten, wie man sich jetzt um Waffenlieferungen kümmert. Indem man Partner, auf die Putin angewiesen ist, zu Verbündeten macht: Brasilien, Indien, China. Auch deren Interessenlage in anderen ökonomischen oder politischen Feldern zu sehen, ist aus meiner Sicht viel zu lange nicht passiert.

**FP: Glauben Sie, die Ukraine hätte genügend Verhandlungsmasse gegenüber Putin, wenn sie sich in den vergangenen drei Jahren mit weniger Waffen hätte verteidigen müssen?**

**Kretschmer:** Ich sage es noch mal: Wenn man den russischen Präsidenten dazu zwingen will, Diplomatie oder einen Waffenstillstand zu akzeptieren, braucht man andere Verbündete. Und dann wird er bereit sein, das zu tun, weil er diesen Krieg nicht allein gewinnen kann.

## Zur Person:

### Michael Kretschmer

Der gebürtige Görlitzer wurde im Dezember nach gescheiterten Sondierungen mit dem BSW vom Sächsischen Landtag als Regierungschef einer Minderheitskoalition von CDU und SPD wiedergewählt. 2017 hatte der heute 49-Jährige Stanislaw Tillich als Ministerpräsidenten und Landes-CDU-Chef abgelöst, der nach der Bundestagswahlschlappe der Union im Freistaat zurückgetreten war. Die CDU hatte damals fast 16 Prozent der Wählerstimmen gegenüber 2013 verloren und [Michael Kretschmer](#) nach 15 Jahren im Parlament sein Görlitzer Direktmandat. Wie die Union war [Kretschmer](#) hinter dem AfD-Ergebnis gelandet. An seiner Stelle zog der heutige AfD-Bundeschef Tino Chrupalla in den Bundestag ein. [Kretschmer](#) hat eine lange Parteikarriere hinter sich und war von 2005 bis 2017 Generalsekretär der CDU Sachsen. Der Vater zweier Kinder ist mit einer früheren MDR-Journalistin verheiratet. (two)